N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 27. August 2010, 16:00 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Acker, Backes, Becker, Biebusch, Böttcher, Büchner, Hebert-Henkel, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pfalz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Köhler, Neuwohner, Dr. Perabo,

Marburger Linke: Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Kolter, Schäfer,

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Schwebel, Sawalies

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Daser, Dinnebier, (SPD), von Ploetz (CDU), Dr. Baumann, Schäfer, Dr. Therre-Staal (B90/Die Grünen), Dr. Weber (Marburger Linke) und die ehrenamtlichen Stadträte Sprywald und Stürmer.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellung wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert in einer kurzen Ansprache an die am 8. August verstorbene ehemalige Stadtverordnete und ehrenamtliche Stadträtin Käthe Dinnebier.

Alle Anwesenden gedenken der Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Weiter berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass die ehrenamtliche Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek auf 25 Jahre ehrenamtliche Arbeit für die Universitätsstadt Marburg zurückblicken kann.

Frau Dr. Sewering-Wollanek war Stadtverordnete von 1985 bis 1997 und ehrenamtliche Stadträtin seit 1997, ferner Mitglied der Gleichstellungskommission seit 1993 und deren Vorsitzende seit 1997.

Der Stadtverordnetenvorsteher spricht Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek zu diesem Jubiläum herzliche Glückwünsche aus überreicht einen Blumenstrauß im Namen des Hauses.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert die Stadtverordnetenversammlung von der beabsichtigten Bürgerversammlung gemäß § 8a der Hessischen Gemeindeordnung am Mittwoch, dem 8. September um 20 Uhr im Gemeinschaftshaus der Afföllergemeinde. Das Thema wird sein: **Nordstadtentwicklung, Stand und Planung.**

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Juni 2010 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche der ausgedruckten Fassung des Protokolls werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Zur heutigen Tagesordnung liegen drei dringliche Vorlagen vor:

1. Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Pakistanhilfe, VO/1429/2010

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet hat der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung empfohlen, angesichts der Flutkatastrophe in Pakistan wiederum eine Spende von 5.000 € als Soforthilfe überplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Die entsprechende Vorlage liegt aus.
Der Stadtverordnetenvorsteher weist daraufhin, dass der Antrag als Tagesordnungspunkt 14.1 in die Tagesordnung aufgenommen werden soll. Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich wird dies so vereinbart.
(Anlage)

2. Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Atommülltransport durch Marburg VO/1442/2010

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Dringlichkeit dieser Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Quorum von 2/3 des Hauses nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

Anschließend unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 16:15 Uhr die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und beruft den Ältestenrat zu einer Sitzung ein. Der Ältestenrat wird über die für Samstag angekündigte Trauermarsch-Demonstration anlässlich des bedauerlichen Sterbefalls vor einer Gaststätte im Wehrdaer Weg beraten.
Nach Fortsetzung der Sitzung um 16:27 Uhr informiert der Stadtverordnetenvorsteher das Haus über die bisherigen Verfahrensschritte im Zusammenhang mit dem angekündigten Trauermarsch, der von der Stadt Marburg untersagt wurde. Dagegen wurde vom Veranstalter das Verwaltungsgericht Gießen angerufen. Dieses hat das Verbot aufgehoben. Nunmehr ist beabsichtigt beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel dagegen Widerspruch einzulegen. Dies hat der Ältestenrat soeben einstimmig empfohlen. Somit bittet der Stadtverordnetenvorsteher um Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung für den Oberbürgermeister in dieser Sache.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Somit unterstützt die Stadtverordnetenversammlung das beabsichtigte Vorgehen einstimmig.

3. Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Energieinitiative VO/1443/2010

Der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Dringlichkeit dieses Antrages zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses jedoch nicht erreicht. Der Antrag kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als **Anlage** bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend einen Überblick über die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Zurückstellungen von Vorlagen.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 1 08/2010) Vorlage: VO/1451/2010

Ist für den Bereich von Bückingsgarten und Umgebung eine Bauvoranfrage oder ein Bauantrag gestellt worden; falls Ja: was ist sein Inhalt und wie wurde er beschieden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nein.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 2 08/2010) Vorlage: VO/1427/2010

Der B-Plan 15/5 „Der Nißeacker" in Moischt ist vollständig bebaut; wann werden die seinerzeit vor 16 Jahren im Textteil unter Ziffer 11 festgesetzten naturschutzfachlichen Maßnahmen abschließend umgesetzt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Ausgleichmaßnahmen wurden bereits im Zuge der Bebauung des Baugebietes umgesetzt. Einziger noch nicht vollständig umgesetzter Punkt ist das Fällen einiger Pappeln am Rande der Ausgleichsfläche, die erst ersetzt werden sollen, wenn die Stand- oder Bruchsicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Die Bäume werden im Zuge der Baumkontrollen zweimal im Jahr begutachtet.

Sollten der Fragestellerin weitere nicht umgesetzte Maßnahmen bekannt sein, ist der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur dankbar für weitergehende Hinweise.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 08/2010)
Vorlage: VO/1428/2010

Im Poitiers - Magazin April 2010 wird der kommunale Haushalt sehr anschaulich für die Bürger(innen) in groben Zügen dargestellt.

Kann der Magistrat sich an dieser leserfreundlichen, plakativen Darstellungsweise (besonders auf Seite 9) ein Beispiel nehmen und ähnliches in „Studier mal Marburg" veröffentlichen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist in Marburg seit vielen Jahren Tradition, dass die Öffentlichkeit durch die Presse, durch „Studier' mal Marburg" und / oder durch spezielle Flyer über den Haushalt informiert wird.

Ob das in der grafischen Darstellung mit kindgerechten Bildern geschehen muss ist Geschmacksache.

Davon abgesehen sind die Informationen, die mit den Veröffentlichungen transportiert werden, und die Art und Weise, in der sie für die Leserschaft aufbereitet werden, zwischen Poitiers und Marburg durchaus vergleichbar.

Interessant ist dabei, dass selbst das Motto „Un haut niveau de service aux habitants" in Poitiers dem Motto „Ausgezeichnete Standards" in Marburg sehr ähnlich ist.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 4 08/2010)
Vorlage: VO/1450/2010

Kann der Magistrat Auskunft geben, in welchem Zeitraum der Medizinische Dienst der Krankenkasse das Heim "Auf der Weide" der Marburger Altenhilfe St: Jakob GmbH geprüft hat, wann der Geschäftsführung das Prüfungsergebnis mitgeteilt und wann die Aufsichtsgremien erstmals hiervon unterrichtet wurden?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Qualitätsprüfung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) fand am 24. / 25.09.2009 statt. Frau Dr. Weinbach als zuständige Dezernentin wurde über die Prüfung sowie die im folgenden aufgeführten weiteren Schritte jeweils unmittelbar informiert.

Der zeitliche Ablauf von der Qualitätsprüfung bis zur Veröffentlichung des Transparenzberichtes sah folgendermaßen aus:

- 24./25.09.2009 Qualitätsprüfung im Altenpflegeheim „Auf der Weide"

- 15.10.2009 : Eingang des MDK-Berichtes zur Qualitätsprüfung bei der MASJ
- unmittelbar im Anschluss Beginn mit der Planung und Umsetzung der Verbesserungsmaßnahmen aus dem MDK-Bericht und Erarbeitung einer Stellungnahme aus Sicht der MASJ zu Punkten ungerechtfertigter Kritik des MDK-Berichts

  - 18.11.2009: vorläufiger Transparenzbericht (Basierend auf dem MDK-Bericht vom 15.10) liegt zur Stellungnahme vor

  - November 2009 bis Mai 2010: Ausarbeitung fachlicher Stellungnahmen zum vorläufigen Transparenzbericht durch MASJ und Bearbeitung der fachlichen Eingaben der MASJ durch MDK
  - 28.05.2010: Veröffentlichung des aufgrund der Eingaben in Teilbereichen korrigierten Transparenzberichtes
  - 02.06.2010: Vorstellung des Transparenzberichtes in der Aufsichtsratssitzung der MASJ
  - 01.07.2010: Vorstellung des Transparenzberichtes am 01.07.2010 im Angehörigengesprächskreis des AHZ

Hintergrund zum Transparenzbericht

Mit der Veröffentlichung der Transparenzberichte und der Vergabe von Noten wird dem Interesse auf Transparenz bezüglich der aktuellen Angebote und Leistungen von Altenpflegeeinrichtungen Rechnung getragen. Die MASJ begrüßt eine objektive Bewertung ihrer Leistungen anhand von verbindlichen Kriterien, da wir ständig an einer Verbesserung unserer Qualität arbeiten. Neben der Herstellung von Transparenz für die Öffentlichkeit beinhaltet die Prüfung auch fachliche Auseinandersetzung und Beratung, sie gibt Anstöße zur Weiterentwicklung der bestehenden Qualität.

Ein Problem hinsichtlich der Beurteilung der Pflege- und Betreuungsleistungen sehen wir in der Konzentration auf die Pflegedokumentation. Die in der Prüfung vom 24 und 25. 09. 2009 beanstandeten Mängel sind überwiegend Mängel in der Pflegedokumentation, sie betrafen nicht die tatsächliche Versorgung der Bewohner/innen selbst. Es fließt z.B. die Tatsache, dass bei keinem Bewohner/in im Bereich der Wundversorgung Mängel festgestellt wurden nach dem bestehenden Bewertungssystem nicht positiv in die Bewertung ein. Aus diesem Grund haben wir den Weg einer detaillierten fachlichen Auseinandersetzung mit den Inhalten der Qualitätsprüfung gewählt.

Die Mitarbeiter/innen sind mit ständig wachsenden Anforderungen an die schriftliche Dokumentation von Leistungen in Pflege und Sozialer Begleitung konfrontiert, gleichzeitig entwickeln sich die Qualitätsansprüche an eine individuelle, an aktuellen fachlichen Standards orientierte Leistung im direkten Kontakt mit dem Bewohner immer weiter und erfordern mehr Zeit in der direkten Pflege. Dass sich in diesem Dilemma Mitarbeiter/innen unter ständigem Zeitdruck befinden ist leicht nachvollziehbar. Entsprechend unserem Leitbild, welches den Menschen an erste Stelle setzt, ist es nachvollziehbar, dass in Situationen mit hohem Zeitdruck dem direkten Kontakt zum Bewohner Vorrang eingeräumt wird und dann Mängel in der Dokumentation entstehen können.

Unser „Umgang mit demenzkranken Bewohnern" wurde mit der Note „ausreichend" (4,1) bewertet. Diese Note resultiert im Wesentlichen aus einer fehlenden Transparenz unserer Leistung in der bisherigen Dokumentation. Die

aktuelle Prüfung hat uns jedoch auch den Blick für Optimierungsmöglichkeiten geöffnet. Zusätzliche Betreuungskräfte ergänzen inzwischen das bereits vorhandene Angebot, die Biografiearbeit wurde intensiviert.
Bewohner mit Demenz können schon immer an zahlreichen Gruppenangeboten teilnehmen. Auf ihren besonderen Unterstützungsbedarf wird dabei über die Gestaltung des jeweiligen Gruppenangebotes eingegangen: Inhalte und Methodik werden auf individuelle Ressourcen, Interessen und biografischen Hintergrund abgestimmt. Bei Bedarf erfolgt eine individuelle Begleitung während des Gruppenangebotes. Spezielle Angebote im unmittelbaren Wohnbereich sowie Einzelangebote ergänzen dieses Angebot ebenso wie Einzelangebote, die in die

pflegerischen Abläufe integriert sind. Wir gehen davon aus, dass auf Grund der von uns vorgenommenen Veränderungen im Bereich der Dementenbetreuung dieser Bereich bei der nächsten Prüfung deutlich bessere Ergebnisse erzielen wird.

Die Bewertung seitens unserer Bewohner/innen mit „Sehr gut" (1,2) liegt uns besonders am Herzen und zeigt, dass sich das persönliche und fachliche Engagement unserer Mitarbeiter lohnt und gewürdigt wird und dass wir uns an unserem Leitbild in der täglichen Pflege orientieren.
Bei der Vorstellung des Transparenzberichtes anlässlich des Angehörigenabends des Altenhilfezentrums stieß die schlechte Benotung für einzelne Bereiche bei allen anwesenden Angehörigen auf Unverständnis. Die Angehörigen erleben bei ihren regelmäßigen Besuchen Pflege und Soziale Begleitung als sehr positiv. Dies bestätigt unseren Eindruck, dass das Prüfergebnis nur einen Teilaspekt unserer Arbeit darstellt. Interessierte sind herzlich eingeladen sich ein eigenes Bild von Angebot und Atmosphäre des Hauses ‚Auf der Weide' zu machen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 5 08/2010)
Vorlage: VO/1430/2010

Kann der Magistrat überprüfen, ob die Idee realisiert ist, an den Geschäften der Oberstadt außen sichtbare Kennzeichnungen anzubringen, dass Eltern mit Kleinkindern die Toiletten und den Wickelraum für den „Notfall" benutzen dürfen.

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage wie folgt schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Das Marburger Bündnis für Familie mit den Koordinatorinnen Frau Bohnke und Frau Winter nehmen sich der Sache „sichtbare Kennzeichnungen an den Geschäften in der Oberstadt" anzubringen an, damit Eltern mit Kleinkindern die Toiletten und den Wickelraum für den „Notfall" benutzen dürfen.
Im Rathaus und in den Cafes in der Oberstadt ist dies schon möglich, sollte aber auf jeden Fall verbessert werden.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 6 08/2010)
Vorlage: VO/1431/2010

Wann und in welcher Weise hat der Magistrat zum letzten Mal bei der Deutschen Bahn AG auf einen baldigen barrierefreien Umbau des Hauptbahnhofes gedrungen, was war das Ergebnis und was gedenkt der Magistrat in dieser Frage weiter zu tun?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat hat in schriftlicher Form zuletzt am 24. März 2009 die DB Station und Service AG, Geschäftsbereich Personenbahnhöfe, angeschrieben.

In dem Schreiben kritisiert die Stadt die Deutsche Bahn AG dafür, dass die beim Abschluss des Bau- und Finanzierungsvertrages im Dezember 2007 angekündigten Termine für den Baubeginn (4. Quartal 2008) nicht eingehalten wurden. In dem Schreiben wird angefragt, wann nun mit einem Baubeginn zu rechnen sei. Mit Schreiben vom 8. April 2009 informierte die DB Station und Service AG die Stadt Marburg darüber, dass für den Zeitpunkt des Baubeginns unter anderem die zur Verfügung stehenden Sperrpausen ausschlaggebend seien. Da die Main-Weser-Bahn auf Grund von Bauarbeiten an der Kinzigtalbahn für Umleitungsverkehre genutzt werden muss, seien die zur Verfügung stehenden Sperrpausen limitiert und müssten zwischen allen an der Strecke vorgesehenen Maßnahmen abgestimmt sein. Nach der Planung im April 2009 würden die Sperrpausen auf Grund der bereits laufenden Maßnahmen in Gießen, Bad Nauheim (Fertigstellung zwingend zur Landesgartenschau im April 2010) und Stadtallendorf (Fertigstellung zwingend zum Hessentag im Juni 2010) voraussichtlich so zur Verfügung stehen, dass der Umbau des Bahnsteiges in Marburg am Gleis 1 im März 2010 und die Arbeiten an den Mittelbahnsteigen im Mai 2010 beginnen würden.

Bekanntlich wurde im Dezember 2009 mit den für den Umbau erforderlichen Rückbaumaßnahmen in den beiden von der GeWoBau erworbenen Obergeschossen des Bahnhofsgebäudes begonnen. Ein Baubeginn für die Verkehrsstation mit Erhöhung der Bahnsteige, Einbau von Aufzügen etc. ist leider immer noch nicht in Sicht.

Am 25.05.2010 hat im Fachbereich Planen, Bauen, Umwelt der letzte Gesprächstermin zum Bauvorhaben "Umbau und Modernisierung des Bahnhofsgebäudes" mit Vertretern der Deutschen Bahn AG stattgefunden. Nach einer örtlichen Besichtigung des Empfangsgebäudes wurde entschieden, dass zur Beschleunigung des Vorhabens das laufende Plangenehmigungsverfahren für den Umbau des Bahnhofsgebäudes beim Eisenbahnbundesamt (EBA) eingestellt wird und die Baugenehmigung im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens bei der Bauaufsicht der Universitätsstadt Marburg beantragt werden soll.
Am 25.06.2010 ist der Bauantrag beim Fachdienst Bauaufsicht eingegangen und das Beteilungsverfahren wurde gestartet. Sobald das Genehmigungsverfahren abgeschlossen ist (voraussichtlich im September 2010), soll mit dem Umbau des Gebäudes begonnen werden. Das Planverfahren für die Verkehrsstation wird

beim EBA fortgesetzt und noch in 2010 abgeschlossen. Ob dann mit dem Umbau der Bahnsteige sofort begonnen wird, ist angesichts der bisherigen Ankündigungen der Bahn AG abzuwarten.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel beantwortet.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 7 08/2010)
Vorlage: VO/1452/2010

Kann der Magistrat darauf einwirken, dass der sogenannte Rühlsche Garten vor dem Arbeitsgericht der Stadt erhalten bleibt?

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage wie folgt schriftlich mit dem Protokoll beantwortet:

Die Freiflächen vor dem Arbeitsgericht sind durch den Bebauungsplan 4/2 von 1979 als nicht überbaubare Grundstücksflächen festgesetzt. Stellplätze sind in einem festgesetzten Areal möglich und bereits realisiert. Auf diesen Stellplätzen, also auf bereits versiegelter Fläche, lässt der B-Plan eine weitere Bebauung zu. Die Vegetationsbereiche sind als "Vorgärten" zu erhalten.
Eine Veränderung der Gartenstrukturen vor dem Arbeitsgericht sind auf der Grundlage des rechtskräftigen B-Planes nicht möglich.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordenten Halise Adsan (Nr. 8 08/2010)
Vorlage: VO/1453/2010

An welcher Stelle des Pilgrimsteins soll das Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas errichtet werden, hat sich der Koordinierungsarbeitskreis Stadt/Universität zur Campusplanung damit befasst und wie oft ist dieses Gremium 2009 und 2010 zusammengetreten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Dass das Forschungszentrum "Deutscher Sprachatlas" seinen Standort in Marburg erhalten soll, ist durch den Wissenschaftsrat, der bei der Bundesrepublik Deutschland angesiedelt ist, Ende Juni 2010 entschieden worden. Wenn mit dem in der Kleinen Anfrage so bezeichneten Koordinierungsarbeitskreis Stadt/Universität die Kommission für Regional- und Universitätsentwicklung gemeint sein sollte, so ist festzustellen, dass sich diese in ihrer Sitzung am 06.07.2010 noch nicht mit der Frage des Standortes des Deutschen Sprachatlasses befasst hat. Als Standort für das Institut soll nach informeller

Abstimmung zwischen Vertretern der Philipps-Universität Marburg und der Stadt Marburg das ehemalige Brauereigelände überprüft werden. Sollte es bei dieser Überlegung bleiben, würde allerdings nur ein Teil des Geländes für das Institut in Anspruch genommen werden müssen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 9 08/2010) Vorlage: VO/1433/2010

Wie viele Studierende sind in der so genannten Studierendenwohnanlage Erlenring 13 gemeldet?
Angaben bitte in absoluten Zahlen und Prozenten.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unter der Adresse „Erlenring 13" ist niemand gemeldet, da das Gebäude noch nicht fertiggestellt ist.

Im Übrigen registriert das Melderegister nicht den Beruf oder die Funktion der Bürger und Bürgerinnen; es könnte insofern auch gar keine Aussage zu der Zahl der Studierenden machen.

Zum Komplex gehören noch die Hausnummern 15, 17 und 17 A.
Dort sind gemeldet:

Nr. 15	28 Personen
Nr. 17	33 Personen
Nr. 17A	01 Person

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 10 08/2010) Vorlage: VO/1434/2010

Wie viele Trauergottesdienste fanden 2009 in der alten bzw. in der neuen Friedhofskapelle statt und wann wurde die alte Friedhofskapelle zum letzten Mal grundsaniert?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Jahr 2009 fanden in der alten Friedhofskapelle 206 und in der neuen Friedhofskapelle 63 Trauergottesdienste statt.

Die alte Friedhofskapelle wurde zum letzten Mal vor ca. 30 Jahren grundsaniert.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.11 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 11 08/2010) Vorlage: VO/1454/2010

Wie viele Meter hoch sind die Sendemasten, der Spiegelslustturm und das Fernheizwerk bis zur höchsten Spitze, die auf den Lahnbergen stehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nachfolgend die Höhen der o. g. baulichen Anlagen, gemessen von der Geländeoberfläche:

Stahlgittermast (Höhe 70,00 m), Gemarkung Marburg, Flur 45, Flurstück 13/52, Auf dem Kornberg
Bauherr: O2 (Germany) GmbH & Co. OHG

Fernmeldeturm (Höhe 114,50 m), Gemarkung Bauerbach, Flur 8, Flurstück 23/3, Auf dem Kornberg
Bauherr: Deutsche Bundespost Telekom

Stahlgittermast neben dem Kaiser-Wilhelm-Turm (Höhe 40,00 m), Gemarkung Marburg, Flur 45, Flurstück 21/18, Hermann-Bauer-Weg
Bauherr: Hessischer Rundfunk

Kaiser-Wilhelm-Turm (Höhe 39,00 m), Gemarkung Marburg, Flur 45, Flurstück 21/8

Fernheizwerk (Höhe 99,5 m), Gemarkung Marburg, Flur 45, Flurstück 21/9
Bauherr: Land Hessen

---

zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 12 08/2010) Vorlage: VO/1435/2010

Wie realistisch schätzt der Magistrat die Überlegung ein, die Elisabethschule formal und faktisch zu einer Ganztagsschule auszubauen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Elisabethschule hat zurzeit den Status einer Schule mit pädagogischer Mittagsversorgung an 3 Tagen. Tatsächlich bietet die Schule von montags bis freitags teilweise Angebote bis 16:25 Uhr an. Derzeit erhält die Elisabethschule aus Mitteln des Landes Hessen für die Pädagogische Mittagsbetreuung / Ganztagsangebote die Zuweisung einer Stelle. Diese ist auf Wunsch der Schule aufgeteilt in eine 0,5 Lehrerstelle und 0,5 Stelle in Finanzmittel.

Im Oktober 2009 hat sie ein Entwicklungskonzept für den Ganztagsschulbereich

vorgelegt und bittet um Zuweisung weiterer Stellen.

Anfang Mai 2010 fand ein sehr konstruktives Gespräch mit der Schulleitung, Vertretern der Schulgemeinde der Elisabethschule und dem Fachdienst Schule über mögliche Perspektiven in Bezug auf die Ganztagschulentwicklung statt.

Für das Schuljahr 2011/12 ist beantragt, der Elisabethschule im Rahmen des Dreijahresprogramms 2010/11 bis 2012/13 eine weitere Zuweisung von 0,5 Stellen zur Verfügung zustellen. Eine darüber hinausgehende Zuweisung würde der bisherigen Verfahrensweise, die in der Stadt Marburg gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und der Schule entwickelt wurde, widersprechen. Dies würde dazu führen, dass andere Schulen über Jahre hinaus keine Weiterentwicklung betreiben könnten.

Die Zuweisung der Mittel des Landes Hessen für die Erweiterung und den Ausbau von Ganztagsangeboten ist bezogen auf die in der Stadt Marburg stattfindende Entwicklung bei weitem nicht ausreichend und entspricht vom Umfang her auch nicht den Wünschen und Vorstellungen der Schulen. Durchgängig wünschen die meisten Schulen eine erhöhte Ausstattung mit Lehrern und Finanzmitteln durch das Land Hessen.

Die Konzepte an den Schulen, insbesondere im Sekundarbereich I, sind sehr umfangreich. Diese umfassenden Angebote kommen auch deshalb zustande, da die von der Stadt Marburg zusätzlich finanzierten Kooperationsmöglichkeiten der Lokalen Bildungsplanung und SportVerein & Schule in vollem Umfang genutzt werden.

Von Seiten des Magistrats wird daher auf Grundlage der bisherigen Zuweisungspraxis mit Stellen bzw. Mitteln durch das Land Hessen eingeschätzt, dass die Elisabethschule erst im Rahmen einer sehr langfristigen Planung formal und faktisch zur Ganztagsschule ausgebaut werden kann. Dies könnte schätzungsweise einen Zeitraum der nächsten fünf bis sieben Jahre umfassen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 13 08/2010)
Vorlage: VO/1436/2010

Warum ist die Polizeistation Oberstadtwache nur tagsüber und an Wochentagen besetzt, wo keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen sind, nicht jedoch am Wochenende, wo sich nachts um den Marktbrunnen und in der Reitgasse eine neue Randalierer- und Trinkerszene etabliert hat?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

In der Oberstadtwache sind von Montag bis Freitag zu den normalen Bürozeiten zwei Mitarbeitern des Ordnungsamtes und drei Polizeibeamten beschäftigt. Die Polizei und der Ordnungspolizeibeamte überwachen in vielen Außendiensten die Oberstadt und andere Bereiche der Marburger Innenstadt. Die Ereignisse, die Einsätze von Polizei und Ordnungspolizei notwendig machen, sind zu den

Ladenöffnungszeiten erheblich höher als an Sonntagen oder zur Nachtzeit.

Eine Mitarbeiterin von MTM ist dort an Samstagen von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr und an Sonntagen von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr zu erreichen.

An den Wochenenden wird die Oberstadt von der Ordnungspolizei und der Polizei während der normalen Regeldiensten überwacht. Zu dem befindet sich an dem Eingang zur Oberstadtwache eine Sprechanlage, über die die Polizei rund um die Uhr direkt zu erreichen ist.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in einer einzigartigen Zusammenarbeit weitgehend über die Aufgaben der anderen informiert, so dass jeder der dort Beschäftigten Informationen entgegennehmen, Fragen beantworten bzw. an die zuständigen Stellen weiterleiten kann.

Die Personalkapazität von Polizei, Ordnungsamt und MTM lässt eine Ausdehnung der Besetzung der Oberstadtwache rund um die Uhr, wie es die Fragestellerin fordert, nicht zu.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schwebel (FDP) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr. 14 08/2010)
Vorlage: VO/1455/2010

Ist dem Magistrat der dringende Renovierungsbedarf am Südflügel des Marburger Schlosses bekannt und kann er gegebenenfalls die Initiative ergreifen, um in Gesprächen mit der Universität und dem Land eine zeitnahe Reparatur der Schäden zu veranlassen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Dem Magistrat ist der Renovierungsbedarf im Bereich der sogenannten Rentmeisterei bekannt. Während der Preisgerichtssitzung für die Campus-Planungen, die im Schloss stattfand, hat der Magistrat die Gelegenheit genutzt, die Situation dem Präsidenten des Landesamtes für Denkmalpflege, Herrn Prof. Dr. Weiß, zu zeigen, um eine Sanierung anzuregen. Darüber hinaus hat der Magistrat das Wissenschaftsministerium angeschrieben.
Der Magistrat hat für den Haushalt 2010/2011 Mittel für eine von der Denkmalbehörde geplante Grundplanung beantragt (Haushaltserläuterungen Seite 804). Diese Mittel sind in Höhe von 20.000,00 € im Haushalt eingestellt.

Wir hoffen, dass mit der Universität und dem Land Hessen kurzfristig Einvernehmen über eine solche Grundplanung erzielt werden kann.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Hermann Uchtmann (Nr.

15/2010)
Vorlage: VO/1437/2010

Wie fällt die diesjährige Bilanz der Oberhessenschau aus? Wurde eine Ausstellerbefragung durchgeführt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die 18. Oberhessenschau vom 10. - 18. April 2010 war als größte Regionalausstellung zwischen Kassel und dem Rhein-Main-Raum erneut ein großer Erfolg. Insbesondere wurde auch der neugestaltete attraktive Auftritt der Universitätsstadt Marburg sehr positiv aufgenommen. Der Veranstalter der Oberhessenschau - die Messe-Marburg-Veranstaltungs GmbH - hatte eine Besucherbefragung während der Messe und im Anschluss an die Oberhessenschau eine Befragung der Aussteller durchgeführt. Die bisher wichtigsten Ergebnisse wurden durch den Messeveranstalter zusammengefasst:

„Die Oberhessenschau 2010, die sich mit neuer architektonischer Zeltanordnung und einem großzügigen Freigelände auf dem erst kurz vor der Ausstellung neu fertig gestellten Messegelände Afföller präsentierte, fand bei Besuchern und Ausstellern einen überwiegend positiven Zuspruch. Die schlechte Parkplatzsituation und das zu kleine Ausstellungsgelände der letzten Jahre gehören nun der Vergangenheit an.

Die Universitätsstadt Marburg hat mit der Messeplatzerweiterung optimale Bedingungen geschaffen.

Laut Besucherbefragung (n = 357), die regelmäßig vom Veranstalter durchgeführt wird, überzeugte 95% der diesjährige Branchenmix und die Produktvielfalt. An den zahlreichen Informationsständen von Institutionen, Vereinen, Verbänden, Stadt, Landkreis und Bundestag informierten sich die Besucher darüber hinaus über die vielfältigen Angebote, Dienstleistungen und aktuellen Themen. Auch auf die Frage, wie gefällt Ihnen die Oberhessenschau in Bezug auf Angebot, Programm und Atmosphäre, gaben die Besucher an, dass das Ausstellungsniveau, die Stände der Aussteller und die Attraktivität sich auf einem sehr hohen Niveau befinden. 69% der befragten Besucher besuchten die OHS, um etwas kaufen, bestellen oder ein Angebot anfordern zu wollen. Rund 57% repräsentieren die Altergruppe zwischen 30-60 Jahren.

Neben den umfangreichen Angeboten, Neuheiten, Präsentationen und Informationen, standen in diesem Jahr aber auch das Vortragsforum für informationsfreudige Besucher genauso wie die Showbühne in der Messegastronomie, in der stets besondere Unterhaltung angesagt war, zur Verfügung.

Einen regen Zuspruch konnten auch die Sonderveranstaltungen „Gesund & Aktiv" sowie „Wedding & Kids" an den jeweiligen Wochenenden verbuchen. Den Anfang machte am ersten Wochenende die Veranstaltung „Gesund & Aktiv" mit einer Fülle an Angeboten rund um Gesundheit, Bewegung und Aktivität. Hier konnten sich die Besucher gezielt über die aktuellen Themen aus Fitness, Wellness, Erholung, Medizin, Ernährung, Pflege und Vorsorge fachgerecht von den zahlreichen Anbietern beraten lassen. Das letzte Wochenende stand dann ganz unter dem Motto Hochzeiten, Feste, Jubiläen, Familie, Baby und Kind. Namhafte regionale und überregionale Anbieter stellten an den zwei Veranstaltungstagen ihre Produkte und Dienstleistungen vor und informierten die

zahlreichen Verliebten, Verlobten und bereits Verheirateten sowie alle Feierfreudigen, Eltern und jene die es noch werden möchten genauso wie Mütter, Väter, Großeltern und nicht zu vergessen die Kleinen selbst.

Nach Auswertung der Ausstellerbefragung (n = 229) geben auch 91% der Aussteller dem Messekonzept der OHS gute Noten. Der überwiegende Teil der Aussteller ist mit den Kundenkontakten zufrieden.

Die gesamte Besucher- und Ausstellerbefragung wird von Messe-Marburg GmbH in der nächsten Zeit noch weiter ausgewertet und Kritikpunkte bzw. Verbesserungsvorschläge werden geprüft.

Wir sind dann zufrieden, wenn der überwiegende Teil unserer Aussteller und Besucher zufrieden ist. Und dieses Ziel haben wir nach ersten Erkenntnissen, wenn auch nicht so eindeutig wie in den Vorjahren, erreicht. Es ist festzustellen, dass der Anteil der Besucher die ganz gezielt Produkte bzw. Anregungen fürs Heim, Haushalt uvm. suchen, in den letzten Jahren stetig angestiegen ist. Auf der anderen Seite jedoch die Menschen zuhause bleiben, die in der Vergangenheit nur mal über die OHS bummelten. Und wenn dann auch noch, nach einem langen kalten Winter, am letzten Wochenende strahlend blauer Himmel mit Temperaturen um 20 Grad herrschen, gehen die Menschen lieber in den Garten oder verbringen ihre Zeit im Freien. Und die Ausnahmesituation in diesem Jahr, dass der Hessentag wenige Wochen später in der Region stattfindet, hat sicherlich zu einem nicht unerheblichen Teil dazu beigetragen, dass leider weniger Besucher zur OHS kamen.

Verbraucherausstellungen wie die Oberhessenschau müssen sich inhaltlich mit ihrem Angebot und Programm den aktuellen Bedürfnissen und Interessen der Menschen anpassen. Was heute noch aktuell ist - kann morgen schon uninteressant sein. Die OHS versucht seit 1976 diesem Trend zu folgen und wird sicherlich auch in ihrer 19. Auflage darauf eingehen."

Soweit der Auszug aus einer ersten Auswertung der Besucher- und Ausstellerbefragung.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde abgelaufen. Die restlichen Kleinen Anfragen Nr. 16 bis 29 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 7 Neuwahl einer Schiedsperson sowie Neuwahl einer stellv. Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg IV (Marbach, Dagobertshausen, Michelbach, Cyriaxweimar, Dilschhausen, Elnhausen, Haddamshausen, Hermershausen, Wehrshausen, Gisselberg, Neuhöfe).
Vorlage: VO/1331/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete

Kolter (Marburger Linke).

Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung diese Vorlage beraten. Im Ausschuss wurde vorgeschlagen, Herrn Baldur Heit, Wehracker 18, 35041 Marburg-Michelbach zur Schiedsperson und Herrn Karl-Heinz Schaub, Bruchwiesenweg 19, 35041 Marburg zur stellvertretenden Schiedsperson zu wählen. Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgetragen. Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die vorgeschlagenen zu wählen. Zur Vereinfachung des Verfahrens kann offen abgestimmt werden, da geheime Wahl nicht beantragt wurde.

Auch in der Stadtverordnetenversammlung wird eine geheime Abstimmung nicht beantragt. Der Stadtverordnetenvorsteher stellt somit beide Wahlvorschläge getrennt zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Baldur Heit, wh. Wehracker 18, 35041 Marburg-Michelbach wird zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg IV. gewählt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Herr Karl-Heinz Schaub, wh. Bruchwiesenweg 19, 35041 Marburg wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg IV. gewählt.

zu 8 Aufsichtsrat der MTM GmbH Vorlage: VO/1307/2010

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Kolter (Marburger Linke). Der Wahlvorbereitungsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten.

Es wurde vorgeschlagen Herrn Joachim Schultze, wh. Zur Fasanerie 15, 35043 Marburg-Gisselberg, in den Aufsichtsrat der MTM GmbH zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge wurde nicht vorgetragen. Geheime Abstimmung wurde nicht verlangt.

Somit empfiehlt der Wahlvorbereitungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung den vorgeschlagenen Bewerber offen durch Handzeichen zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge werden auch in der Stadtverordnetenversammlung nicht vorgetragen. Dem offenen Abstimmungsverfahren wird nicht widersprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Joachim Schultze, wh. Zur Fasanerie 15, 35043 Marburg-Gisselberg, wird in den Aufsichtsrat der MTM GmbH gewählt.

zu 11 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 8/15, 2. Änderung, „Weintrautstraße, Germanenplatz“ in Marburg
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss
- Beschluss über die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes
Vorlage: VO/1223/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD).

Der Umweltausschuss hat die Vorlage ausführlich beraten. Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) hat den Antrag gestellt, die Vorlage um den Satz "Befreiungen nach § 32 BauGB sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen" zu erweitern. Dieser Ergänzungsantrag wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Ferner hat der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth getrennte Abstimmung über die Vorlage beantragt.

Der Umweltausschuss hat somit über den Originaltext der Vorlage getrennt abgestimmt und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten und in Ziff. 1.) verändert worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD).

Auch im Bau- und Planungsausschuss ist das gleiche Verfahren wie im Umweltausschuss praktiziert worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls der Stadtverordnetenversammlung in getrennter Abstimmung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde jeweils angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen), Jannasch (CDU), Sell (SPD), Bürgermeister Dr. Kahle, Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Heck (CDU), Sell (SPD) und erneut Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke).

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher analog dem Verfahren in den Ausschüssen getrennt abstimmen.

Abstimmung zu Ziffer 1a:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

1) **Die während der Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

abgegebenen Stellungnahmen wurden mit nachstehendem Ergebnis geprüft:

a) Die unter den Nummern 2, 3 und 11 abgegebenen Stellungnahmen werden berücksichtigt.

Zu Ziffer 1b:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Enthaltung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

b) Die unter den Nummern 4 - 10 angeführten Stellungnahmen werden nicht berücksichtigt.

Zu Ziffer 1c:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken, bei Enthaltung von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

c) Die unter der Nummer 1 angeführte Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt.

Die Grundzüge der Planungen werden hiervon nicht berührt.

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth aus den Ausschüssen betreffend die Ergänzung der Vorlage um den Satz "Befreiungen nach § 32 BauGB sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen." abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Enthaltungen der FDP sowie Zustimmung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

2) Der Bebauungsplan Nr. 8/15, 2. Änderung, „Weintrautstraße, Germanenplatz“ in Marburg wird einschließlich der Begründung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Zu Ziffer 3:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

3) Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 8/15, 2.

Änderung, „Weintrautstraße, Germanenplatz“ werden als Gestaltungssatzung gemäß § 81 HBO beschlossen.

---

zu 13 Bericht des Akteneinsichtsausschusses Rosenstraße 9

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert dem Hause, dass der vorliegende Abschlussbericht des Akteneinsichtausschusses zur Kenntnis genommen oder aber auch beschlossen werden kann. Bisher war es in der Stadtverordnetenversammlung üblich, dass die Abschlussberichte in der Stadtverordnetenversammlung mit Beschlussfassung beraten wurden. Dieses Verfahren wird erneut vorgeschlagen. Insofern wird der Stadtverordnetenvorsteher den vom Akteneinsichtsausschuss beschlossenen Bericht als auch das Minderheitenvotum alternativ zur Abstimmung stellen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Zunächst berichtet für den aus dem Akteneinsichtsausschuss zum Abbruch des Hauses Rosenstraße 9 in Marburg der Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses Stadtverordneter Meyer (SPD). Er gibt einen sehr ausführlichen Bericht über das Verfahren im Bau- und Planungsausschuss in seiner Funktion als Akteneinsichtsausschuss ab. Der Akteneinsichtsausschuss hat den von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erstellten Schlussberichtsentwurf mehrheitlich beschlossen und den Entwurf der Stadtverordneten Schwebel, Dr. Uchtmann und Prof. Dr. Fülberth abgelehnt. Die CDU Fraktion hat sich hat sich jeweils bei der Abstimmung über die Beschlussberichte der Stimme enthalten.

Somit spricht der Akteneinsichtsausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Empfehlung aus, den vom Ausschuss beschlossenen Schlussbericht ebenfalls zu beschließen. Aussprache wurde angemeldet.
Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Schwebel (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle, Schwebel (FDP) und Dr. Uchtmann (MBL).

Während der Aussprache hat von 18:36 Uhr bis 18:52 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach Beendigung der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Berichte alternativ abstimmen.

1. Beschlussfassung über den vom Akteneinsichtsausschuss beschlossenen Abschlussbericht (Entwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen):

Für diesen Bericht stimmen die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU.

2. Beschlussfassung über den vom Akteneinsichtsausschuss abgelehnten Berichtsentwurf der Stadtverordneten Schwebel, Prof. Dr. Fülberth und Dr. Uchtmann:

Für diesen Berichtsentwurf stimmen die Fraktionen von FDP, Marburger Linke und MBL.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass mit dieser Abstimmung der vom Akteneinsichtsausschuss beschlossene Abschlussbericht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat.

---

zu 16.7 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Mehr Parkplätze für Car-Sharing
Vorlage: VO/1313/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SDP). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Stompfe (CDU), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle, Sell (SPD), Stompfe (CDU), Acker (SPD), Sawalies (FDP), Bürgermeister Dr. Kahle, Gottschlich (CDU), Bürgermeister Dr. Kahle und Jannasch (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen von CDU und MBL sowie Enthaltung der FDP Fraktion folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, für Car-Sharing im Bereich Oberstadt und im Bereich Südstadt/Friedrichsplatz bei der Suche für geeignete Stellflächen für Fahrzeuge behilflich sein.

zu 16.9 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Entstehung des Doppelhaushalts 2010/2011
Vorlage: VO/1328/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) und Pfalz (CDU).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Aufschluss darüber zu geben, weshalb der Haushaltsentwurf 2010 im Dezember 2009 vom Oberbürgermeister und Kämmerer sowie der Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD zur Disposition gestellt und 2010 durch einen Doppelhaushalt 2010/2011 ersetzt wurde.

In Ausführung des Beschlusses spricht der Oberbürgermeister und informiert die Stadtverordnetenversammlung entsprechend.

---

zu 16.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. BTB 465/2009 Neubau Savignystraße / Uferstraße
Vorlage: VO/1355/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen). Für den Magistrat spricht Bürgermeister Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 16.18 Antrag der MBL-Fraktion betr. Wochenmärkte Oberstadt und Firmaneiplatz
Vorlage: VO/1369/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Busch (Bündnis 90/Die Grünen), Heck (CDU), Schwebel (FDP) und erneut Dr. Uchtmann. Während seines Redebeitrags zieht der Stadtverordnete Dr. Uchtmann die Teile der Antragsbegründung zurück, die die Zusammenlegung der Märkte Oberstadt und Firmaneiplatz betreffen. Bestehen bleiben die Teile der Begründung, die auf Verbesserung der Märkte hinzielen.

Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 1 Nein-Stimme aus der FDP Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert in Absprache mit den Marktbetreibern zu prüfen, ob durch ein neues Konzept die Wochenmärkte auf dem Marktplatz und dem Firmaneiplatz gestärkt werden können.

---

zu 5 Straßenbenennung
Vorlage: VO/1302/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die im Plan gekennzeichnete Treppengasse erhält den Namen Bergelchen. Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses

---

zu 6 Marburger Ortsrecht
hier: XIII. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1396/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der beigefügte XIII. Nachtrag zur Hauptsatzung der Universitätsstadt Marburg wird beschlossen.

---

zu 9 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: VO/1357/2010

Die Vorlage ist vom Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden bis zur September-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur September-Sitzung.

---

zu 10 Jahresabschlussbericht zum 31.12.2009 des DBM
Vorlage: VO/1397/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Zu Beginn der Haupt- und Finanzausschusssitzung wurde eine

geänderte Beschlussvorlage verteilt. Diese geänderte Beschlussvorlage liegt auch allen Stadtverordneten in der heutigen Sitzung als Tischvorlage vor. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linken mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Jahresabschluss des DBM für das Geschäftsjahr 2009.**

2. **Die Überschüsse aus den Sparten Straßenunterhaltung, Gewässerunterhaltung und Spiel-, Sport- und Grünflächen von insgesamt 92.809,98 € werden gegen die Verluste von 186.716,22 € der Sparte Straßenreinigung und 349,94 € der Sparte Friedhof aufgerechnet. Der sich danach ergebende Verlust von insgesamt 94.256,18 € wird durch die Gewinnrücklage ausgeglichen. Diese ist in der Bilanz zum 31.12.2009 mit 508.374,83 € ausgewiesen.**

3. **Die eingetretenen Defizite beim Kanalhaushalt und Müllgebührenhaushalt werden aus den entsprechenden Rücklagen ausgeglichen.**

4. **Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.**

---

zu 12 Innenentwicklung vor Außenentwicklung Bestandsaufnahme und Analyse Vorlage: VO/1280/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen und die Weiterführung des Innenentwicklungsprojektes beschlossen.

---

zu 14 Dringlichkeitsanträge

---

zu 14.1 Antrag des Stadtverordnetenvorstehers betr. Pakistanhilfe Vorlage: VO/1429/2010

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Angesichts der Flutkatastrophe in Pakistan wird eine Spende von 5.000 Euro als Soforthilfe überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

---

zu 15 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

---

zu 15.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Öffnung des Fahrradweges Pilgrimstein für beide Seiten Vorlage: VO/1338/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde die Initiative des Kinder- und Jugendparlaments in einen Prüfantrag mit folgendem Text umformuliert:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Öffnung des Fahrradweges Pilgrimstein für beide Seiten möglich ist.

In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob die Öffnung des Fahrradweges Pilgrimstein für beide Seiten möglich ist.

---

zu 15.2 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Verbesserung der Sicht auf Fußgänger am Friedrichsplatz Vorlage: VO/1339/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antrag des Kinder- und Jugendparlaments wurde im Umweltausschuss wie folgt geändert:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Sicht auf Fußgänger am Friedrichsplatz verbessert werden kann.

In dieser geänderten Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Sicht auf Fußgänger am Friedrichsplatz verbessert werden kann.

zu 16 Anträge der Fraktionen

zu 16.1 Antrag der CDU-Fraktion betr. Radwegeausbau Vorlage: VO/1055/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss wurde nach ausführlicher Beratung der Antragstext auf folgende Fassung abgeändert:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten,

1. auf den ASV mit der Bitte zuzugehen, den Ausbau eines Radweges an der Beltershäuser Straße bis nach Moischt auf einer geeigneten Wegführung (z. B. wie vom Radverkehrsbeirat beschrieben unter Einbeziehung bestehender Wald- und Wanderwege) zu realisieren

2. zu berichten, inwieweit die östlichen Stadtteile (Ginseldorf, Bauerbach, Schröck bis Moischt) mittlerweile per Rasweg erschlossen sind und ein weiterer Ausbau bzw. wie vorhandene Verbindungswege gefahrlos genutzt werden können

3. die noch nicht erledigten Projekte des Radverkehrsplans dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorzulegen.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten,

1. auf den ASV mit der Bitte zuzugehen, den Ausbau eines Radweges an der Beltershäuser Straße bis nach Moischt auf einer geeigneten Wegführung (z. B. wie vom Radverkehrsbeirat beschrieben unter Einbeziehung bestehender Wald- und Wanderwege) zu realisieren

2. zu berichten, inwieweit die östlichen Stadtteile (Ginseldorf, Bauerbach, Schröck bis Moischt) mittlerweile per Radweg erschlossen sind und ein weiterer Ausbau bzw. wie vorhandene Verbindungswege gefahrlos genutzt werden können

3. die noch nicht erledigten Projekte des Radverkehrsplans dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr vorzulegen.

zu 16.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Stärkung der Familien durch finanzielle Entlastung (gebührenfreies zweites Kindergartenjahr) Vorlage: VO/1108/2010

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss von der CDU Fraktion zurückgezogen worden. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 16.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Niedrigerer Betreuungsschlüssel bei der Kinderbetreuung Vorlage: VO/1111/2010

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss von der CDU Fraktion zurückgezogen worden. Er wird eventuell in geänderter Fassung neu eingereicht.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 16.4 Antrag der Fraktionen SPD/B90/Die Grünen betr. Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes Vorlage: VO/1215/2010

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss in der Juni-Sitzung beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, möglichst zeitnah einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan im Bereich des Wohngebietes östlich des Südbahnhofs vorzubereiten. Der Geltungsbereich sollte von der Frauenbergstraße im Süden, von der Zeppelinstraße im Norden, von der Cappeler Straße im Osten und den bestehenden Bebauungsplänen im Nordwesten und Süden begrenzt werden.

Weiter wird der Magistrat gebeten, den Bau- und Planungsausschuss frühzeitig zu informieren, wenn im übrigen Bereich des Hansenhauses die Bauvoranfragen bzw. Bauanträge die Aufstellung eines weiteren Bebauungsplanes angezeigt sein lassen.

---

zu 16.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniotaxi Vorlage: VO/1304/2010

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden und wurde in abgeänderter Fassung an den Seniorenbeirat zur Stellungnahme überwiesen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Seniorenbeirat zur Stellungnahme. Anschließend soll die Vorlage erneut im Sozialausschuss beraten werden.

---

zu 16.6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Beiträge für städtische Tagesmütter Vorlage: VO/1305/2010

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstenor ist im Sozialausschuss ergänzt worden. Hinter dem Wort "Tagesmütter" soll eingefügt werden "für 22,5 Wochenstunden". In dieser ergänzten Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Dort wurde die Ergänzung aus dem Sozialausschuss übernommen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt ebenfalls die Annahme des so geänderten Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge beschließen, dass die Subventionierung der Beiträge für städtische Tagesmütter für 22,5 Wochenstunden anhält, auch wenn eine Mutter durch beispielweise Mutterschutzfristen oder Elternzeit bei einer weiteren Schwangerschaft nicht berufstätig ist.

---

zu 16.8 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Neuer Botanischer Garten Vorlage: VO/1327/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Im Umweltausschuss ist Satz 1 des Antrages wie folgt umformuliert worden:

1. Der Magistrat wird gebeten, bei der Philipps-Universität und bei der Landesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, weiterhin die Zugänglichkeit des Neuen Botanischen Gartens im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten.

Für die antragstellende Fraktion stellte Prof. Dr. Fülberth den Antrag, über den Antrag auch in der Urfassung abzustimmen und in Folge über die Antragssätze getrennt abzustimmen. Diesem Begehren wurde nicht widersprochen.

Somit empfiehlt der Umweltausschuss die Urfassung des Antrages abzulehnen.

Die geänderte Fassung des Satzes 1 wird zur Annahme empfohlen, die Sätze 2 und 3 des Antrages werden abgelehnt.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat das gleiche Abstimmungsverfahren wie der Umweltausschuss gewählt und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung genauso zu verfahren.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt folglich zunächst über die Urfassung des Antrages der Fraktion Marburger Linke abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Urfassung des Antrages 16.8 wird abgelehnt.

Abstimmung über die geänderte Fassung des Satzes 1 des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird gebeten, bei der Philipps-Universität und bei der Landesregierung mit dem Ziel vorstellig zu werden, weiterhin die Zugänglichkeit des Neuen Botanischen Gartens im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten.**

Abstimmung über die Sätze 2 und 3 des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und Nein-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Sätze 2 und 3 des Antrages werden abgelehnt.

zu 16.10 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunale Aktion gegen die Todesstrafe am 30. November 2010 Vorlage: VO/1337/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen der Mitgliedschaft der Universitätsstadt Marburg im Städtebündnis „Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe“ am 30. November 2010 ein öffentlich sichtbares Zeichen des Engagements gegen die Todesstrafe zu setzen.

zu 16.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorensicherheitsberater Vorlage: VO/1348/2010

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Er wurde an den

Seniorenbeirat zur Stellungnahme überwiesen und soll anschließend wieder im Sozialausschuss auf der Tagesordnung erscheinen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück und überweist ihn an den Seniorenbeirat zur Stellungnahme.

---

zu 16.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Transparenz von Bauvorhaben
Vorlage: VO/1356/2010

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss mehrheitlich für erledigt erklärt worden.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth beantragt für die Antragssteller die Vertagung der Vorlage bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Dagegen wird nicht gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur September-Sitzung.

---

zu 16.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Beteiligungsgesellschaften
Vorlage: VO/1363/2010

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Der Stadtverordnete Acker teilt im Ausschuss mit, dass die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag zustimmen wollen, jedoch die Begründung ablehnen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Vorlage zur Abstimmung. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der FDP und MBL, Nein-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltungen von CDU und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 16.15 Antrag der FDP-Fraktion betr. Wettbewerb Biodiversität
Vorlage: VO/1365/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich für die Stadt Marburg am Wettbewerb „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ zu beteiligen.

---

zu 16.16 Antrag der FDP-Fraktion betr. Erweiterung der Kooperativen Planungsgruppe zum Sportentwicklungsplan Vorlage: VO/1366/2010

Vorlage wurde im Schul- und Kulturausschuss beraten. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreter/innen des Stadtelternbeirates und Vertreter/innen der Schülerschaft an der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe zum Sportentwicklungsplan zu beteiligen.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, Vertreter/innen des Stadtelternbeirates und Vertreter/innen der Schülerschaft an der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe zum Sportentwicklungsplan zu beteiligen.

---

zu 16.17 Antrag der MBL-Fraktion betr. Parkplätze Pilgrimstein Vorlage: VO/1368/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Die CDU Fraktion hat im Umweltausschuss einen Änderungsantrag zur Vorlage eingebracht, der vom Ausschuss jedoch abgelehnt wurde.

Die antragstellende MBL Fraktion ändert ihren Antrag auf folgende Fassung ab:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Parkplatzkonzept zu erstellen, damit die 2014 wegfallenden Parkplätze am Pilgrimstein kompensiert werden können.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung diesen

geänderten Antrag der MBL Fraktion anzunehmen.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss hat sich dem Votum des Umweltausschusses angeschlossen und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu diesem geänderten Beschlusstext.

Der Stadtverordnete Stompfe erklärt, dass die CDU Fraktion ihren Änderungsantrag aus dem Umweltausschuss zurückzieht, sodass nicht mehr darüber abgestimmt werden muss.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antrag der MBL Fraktion abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Parkplatzkonzept zu erstellen, damit die 2014 wegfallenden Parkplätze am Pilgrimstein kompensiert werden können.

---

zu 16.19 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sanierung des Turnergartens
Vorlage: VO/1376/2010

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Er wurde zurückgestellt bis zur September-Sitzung des Ausschusses.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zur September-Sitzung.

---

zu 16.20 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Rubrik „Umwelt“ auf der Internet-Eingangsseite der Stadt Marburg
Vorlage: VO/1379/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Stadtverordnete Dr. Musket (SPD).
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu veranlassen, dass die Internet-Eingangsseite der Stadt Marburg an zentraler Stelle die Rubrik „Umwelt“ erhält. Unter der Rubrik sollen die vielfältigen Aktivitäten der Stadt Marburg im Umweltschutz und die attraktiven und wertvollen Natur- und Landschaftsräume in und um Marburg übersichtlich dargestellt werden.

---

zu 16.21 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Lärmminderungsmaßnahmen B3a
Vorlage: VO/1380/2010

Die Vorlage wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen vertagt bis zum September.

---

zu 16.22 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Tempo 50 Beltershäuser Straße
Vorlage: VO/1381/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Marburger Linke sowie bei Enthaltungen der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass in der Beltershäuser Straße im Bereich von der Cappeler Straße bis zur Sonnenblickallee

a) durchgängig Tempo 50 als zulässige Höchstgeschwindigkeit angeordnet wird und

b) Angebotsstreifen für Fahrradfahrer/innen aufgebracht werden.

---

zu 16.23 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Volksabstimmung Schuldenbremse
Vorlage: VO/1383/2010

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion Marburger Linke wird die Vorlage **vertagt bis zur September-Sitzung.**

---

zu 16.24 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Emil-von-Behring-Labor Wannkopfstraße
Vorlage: VO/1384/2010

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion Marburger Linke wird die Vorlage **vertagt bis zur September-Sitzung.**

---

zu 16.25 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Initiative zu den Gemeindefinanzen
Vorlage: VO/1385/2010

Auf Wunsch der antragstellenden Fraktion Marburger Linke wird die Vorlage **vertagt bis zur September-Sitzung.**

---

zu 16.26 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mietspiegel für die Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/1386/2010

Die Vorlage stand auf der Tagesordnung des Sozialausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses. Beide Ausschüsse haben den Antrag zurückgestellt bis zur jeweiligen September-Sitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum September.

---

zu 16.27 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zugang zum Lahnweg
Vorlage: VO/1388/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Antrag ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung **abgeändert** worden:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Böschung neben der Luisa-Heuser-Brücke besser gestaltet werden kann.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss hat über die geänderte Antragsfassung aus dem Umweltausschuss abgestimmt und empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zum geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Böschung neben der Luisa-Heuser-Brücke besser gestaltet werden kann.

---

zu 16.28 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verkehrskonzept Cappel Vorlage: VO/1389/2010

Der Antrag ist vom Umweltausschuss an den Ortsbeirat Cappel mit der Bitte um Stellungnahme überwiesen worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung überweist den Antrag an den Ortsbeirat Cappel zur Stellungsnahme.

---

zu 16.29 Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Cappel Vorlage: VO/1390/2010

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket (SPD). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in den Wohnstraßen „Sommerstraße“, „Im Sohlgraben“ und „Am Köppel“ in Cappel und versetzte Parkmarkierungen in der „Sommerstraße“ und „Am Köppel“ zu prüfen.

---

zu 17 Große Anfragen der Fraktionen

---

zu 17.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Armut in Marburg Vorlage: VO/1050/2010

Die Große Anfrage und die Beantwortung des Magistrats wird vertagt bis zur September-Sitzung.

---

zu 18 Kenntnisnahmen

---

zu 18.1 Urteilsbegründung Solarsatzung
Vorlage: VO/1296/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die beigefügte Urteilsbegründung zur Solarsatzung zur Kenntnis. Gegen das Urteil soll keine Berufung eingelegt werden.

---

zu 18.2 Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der Innenstadt
hier: Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD (VO/410/2004)
Vorlage: VO/1290/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.3 Außerplanmäßige Auszahlung im Finanzhaushalt (Investitionen) 2010
hier: Produkt/Budget 332120 "Überwachung ruhender und fließender Verkehr"
Vorlage: VO/1392/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.06.2010
Vorlage: VO/1387/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

---

zu 18.5 Vergleich der Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern durch

den Bund der Steuerzahler Hessen
Vorlage: VO/1411/2010

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher erteilt dem Oberbürgermeister das Wort zur Information des Hauses über den neusten Sachstand in der Sache Trauermarsch / Demonstration.

Der Oberbürgermeister berichtet, dass der Verwaltungsgerichtshof in Kassel den Widerspruch der Universitätsstadt Marburg gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gießen in dieser Sache verworfen hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:58 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Acker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

- Dringlichkeitsanträge
- Schriftlich Beantwortung der Kleinen Anfragen 16-28